

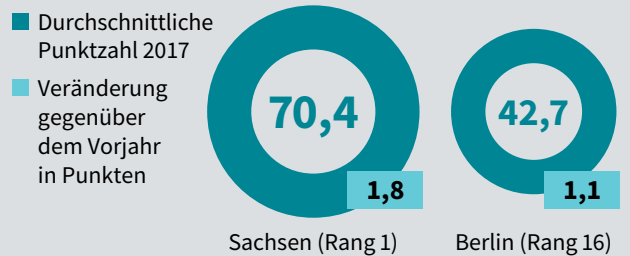
Die deutsche Bildungslandkarte

Bildungsmonitor. Wie gut oder schlecht es um die Bildung in den einzelnen Bundesländern bestellt ist, ermittelt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln seit 14 Jahren für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft in seinem sogenannten Bildungsmonitor. Der Sieger 2017 heißt – übrigens zum zwölften Mal – Sachsen, gefolgt von Thüringen und Bayern. Geprüft wurden insgesamt 93 Indikatoren auf zwölf Handlungsfeldern, darunter die Betreuungsbedingungen, die Effizienz der Ressourcenverwendung, die Förderinfrastruktur und die Schulqualität. Die größten Fortschritte gegenüber dem Vorjahr erzielte das Saarland. Die Frage, wie das gelang, beantwortet der saarländische Bildungsminister Ulrich Commerçon im iwd-Interview.

→ [Seiten 2-4](#)

IW-Bildungsmonitor 2017

Der IW-Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten



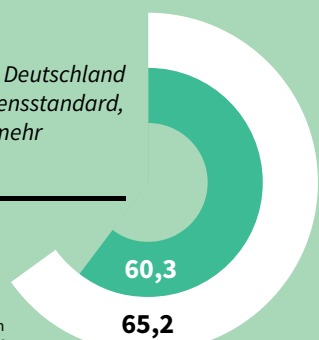
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Gefühlt gerechter

So viel Prozent der Befragten in Deutschland glauben mit Blick auf ihren Lebensstandard, dass sie einen gerechten oder mehr als gerechten Anteil erhalten

■ 2006
■ 2016



Repräsentative Befragung von 3.421 Personen im Jahr 2006 und 3.490 Personen im Jahr 2016

Quelle: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) © 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Subjektiv fairer

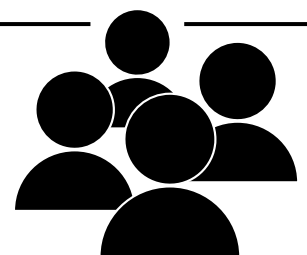
Gerechtigkeit. Viele politische Diskussionen erwecken momentan den Eindruck, dass es in Deutschland immer ungerechter zugeht. Doch das deckt sich nicht mit dem Empfinden der Bürger. Die schätzen ihren Anteil am Wohlstand immer häufiger als fair ein, wie neue Umfragen belegen. Zudem stufen sie sich heute selbst in höhere Gesellschaftsschichten ein als früher. Kein Wunder: Seit 2008 sorgt die Entwicklung der Reallöhne und Renten für materielle Zugewinne bei fast allen.

→ [Seiten 6-7](#)

Treue Mitarbeiter

Betriebszugehörigkeit. Allen Gerüchten vom Nomadentum der heutigen Arbeitnehmer zum Trotz sind die Beschäftigten in Deutschland durchschnittlich seit gut elf Jahren im gleichen Unternehmen tätig. Damit ist die Dauer der Betriebszugehörigkeit seit Mitte der 1990er Jahre nochmals leicht gestiegen. Im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Sozialversicherungen legte sie sogar um mehr als vier Jahre auf gut 17 Jahre zu – das ist der höchste Wert aller Branchen.

→ [Seiten 10-11](#)



Sachsen siegt, das Saarland holt auf

Bildungsmonitor. Die besten Ergebnisse im IW-Bildungsmonitor 2017 erzielen wie bereits in den Vorjahren Sachsen, Thüringen und Bayern. Insgesamt zeigen sich allerdings gegenüber dem Jahr 2013, als Methodik und Indikatorenauswahl zuletzt aktualisiert wurden, nur noch leichte Verbesserungen innerhalb der Bildungssysteme. Der Bildungsmonitor wird seit 14 Jahren vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt.

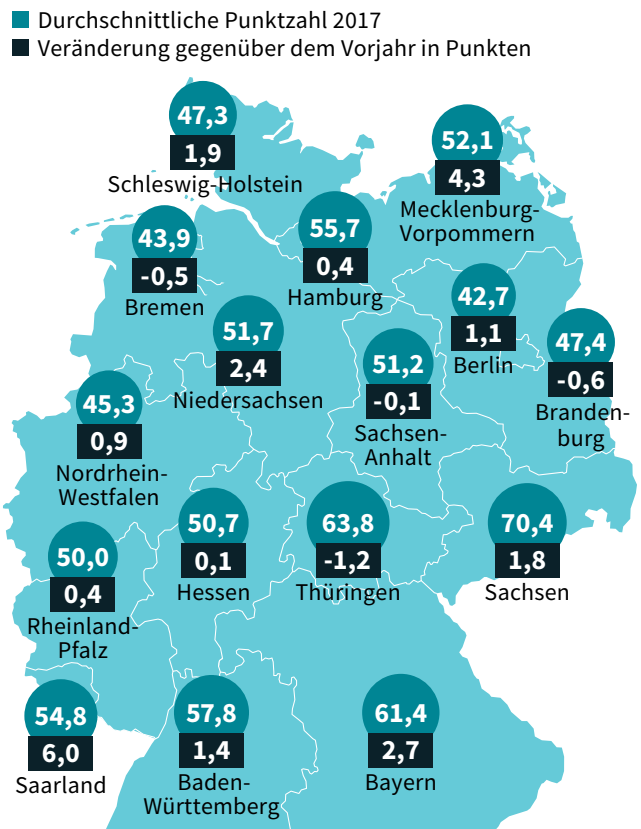
Wie gut sind die Betreuungsbedingungen, funktioniert die Internationalisierung, wie steht es um die Schulqualität und wer fördert den Forschungsnachwuchs besonders gut? Dies sind nur vier der insgesamt zwölf Handlungsfelder, die der IW-Bildungsmonitor alljährlich in den 16 Bundesländern analysiert. Auch im aktuellen Bildungsmonitor erreichen wieder jene Bundesländer Bestwerte, die bereits in früheren Jahren ganz oben standen (Grafik):

- Spitzenreiter **Sachsen** – übrigens zum zwölften Mal Erstplatziertes im IW-Bildungsmonitor – weist eine **hervorragende Förderinfrastruktur für Kleinkinder** sowie eine **hohe Schulqualität** auf, die den Schülern ein hohes Niveau an Kompetenzen vermittelt und wenig Bildungsarme hervorbringt. Die unausgewogene Altersstruktur der Lehrkräfte sowie die hohe Schulabbrecherquote unter ausländischen Schülern stellen allerdings große Herausforderungen dar.
- Das zweitplatzierte **Thüringen** kann mit Bestwerten bei der **Ausgabenpriorisierung** – dem Stellenwert der Bildungsausgaben – und den **Betreuungsbedingungen** in den Schulen punkten. Allerdings ist auch in Thüringen die Altersstruktur der Lehrer sehr unausgewogen.
- **Bayern**, die Nummer drei des IW-Bildungsmonitors 2017, ist Spitze in der **beruflichen Bildung** und der Effizienz der **Ressourcenverwendung**. Beim Ausbau der Ganztagsplätze sowohl an Grundschulen als auch an weiterführenden Schulen besteht jedoch weiterhin Nachholbedarf.

Insgesamt zeigt der Vergleich der Bildungsmonitore 2017 und 2013, dass die Bundesländer in den vergangenen Jahren nur noch leichte Fortschritte gemacht haben.

IW-Bildungsmonitor 2017: Das Ranking

Der IW-Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt, bekommt 0 Punkte zugewiesen und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2017 IW Medien / iwd

Die größten Sprünge über alle Länder hinweg gab es im Vierjahreszeitraum bei der Internationalisierung (plus 16,6 Punkte), der Förderinfrastruktur (plus 10,7 Punkte) und bei den Betreuungsbedingungen (plus 8,8 Punkte). Den größten Rückschritt verzeichnete ausgerechnet die Schulqualität (minus 7,3 Punkte).

Natürlich lassen sich Aussagen zum Bundesdurchschnitt nicht automatisch auf alle Bundesländer übertragen. So ist es beispielsweise dem Saarland gelungen, sein Bildungssystem in vielen Handlungsfeldern kontinuierlich zu verbessern. Gegenüber dem Bildungsmonitor 2013 konnte sich das Saarland insgesamt um 15 Punkte steigern, gegenüber dem Bildungsmonitor 2016 legte es um 6 Punkte zu und ist damit Primus im Verbesserungsranking. Vor allem an den Grundschulen hat sich viel getan (Grafik):

Die Ausgaben je Grundschüler sind im Saarland innerhalb eines Jahres von 5.500 Euro auf 6.100 Euro gestiegen. Auch der Anteil der Schüler, die eine Fremdsprache lernen, ist gewachsen.

Außerdem gelingt es den Bildungseinrichtungen im Saarland gut, die Bildungsergebnisse der Kinder und Jugendlichen vom Bildungsstand der Eltern zu entkoppeln. Und auch bei der Zahl der Hochschulabsolventen gab es Fortschritte im kleinsten Flächenland.

Da die Herausforderungen für die Kindergärten, die Schulen, die Betriebe und die Hochschulen angesichts der Flüchtlingsmigration, des demografischen Wandels und der Digitalisierung in Deutschland insgesamt nicht kleiner, sondern größer werden, beinhaltet der IW-Bildungsmonitor 2017 zusätzlich eine Reformagenda. Demnach müssen Bund und Länder mehr Geld für die Bildung ausgeben. Allerdings sollten die Ausgaben nicht pauschal erhöht werden, sondern gezielt in die Stärkung der frühkindlichen Bildung, den Ausbau von Ganztagschulen, die Integration und die Ausweitung der Hochschulkapazitäten fließen.

Insgesamt ist eine Ausweitung der jährlichen Bildungsausgaben um rund 12 Milliarden Euro nötig.

Diese Summe verteilt sich auf folgende Positionen:

Erstens. Der größte Batzen – jährlich rund 5 Milliarden Euro – sollte in den weiteren Ausbau von Kita-Plätzen und in bessere Betreuungsrelationen für die Kleinsten investiert werden.

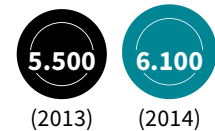
Zweitens. Um die Flüchtlinge in Deutschland besser zu qualifizieren, sind weitere Maßnahmen und Förderangebote nötig. Damit die Kindertagesstätten, die Schulen, die Berufsvorbereitung und -ausbildung sowie die Hochschulen für diese Aufgabe gerüstet sind, müssen Bund und Länder pro Jahr 3,5 Milliarden Euro zusätzlich in die Hand nehmen.

IW-Bildungsmonitor 2017: Womit das Saarland punktet

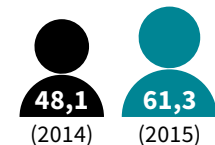
Von allen Bildungssystemen hat sich das saarländische im aktuellen IW-Bildungsmonitor am meisten verbessert. Die größten Fortschritte machte das Saarland bei diesen Indikatoren:

Ausgabejahr Bildungsmonitor ■ 2016 ■ 2017 (Datenstand)

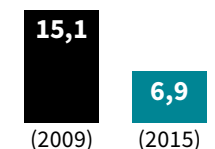
Ausgabenpriorisierung:
Ausgaben je Grundschüler
in Euro



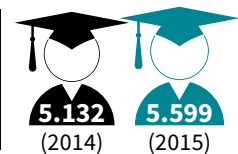
Internationalisierung:
Anteil der Grundschüler
mit Fremdsprachenunterricht
in Prozent




Integration:
Anteil der Streuung der Schüler-
leistungen, die statistisch durch die
soziale Herkunft erklärt werden kann,
in Prozent



Hochschule/MINT:
Anzahl der Hochschul-
absolventen insgesamt



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln,
Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen,
Statistisches Bundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Drittens. Die Rahmenbedingungen an den Schulen müssen besser werden. Dies lässt sich vor allem durch mehr qualifizierte Lehrkräfte, Bildungsstandards und mehr Schulautonomie erreichen. Außerdem sollte es mehr Ganztagschulen geben. Für zusätzliche Ganztagsplätze müssten jährlich rund 2,7 Milliarden Euro aufgewendet werden.

Viertens. Aufgrund des demografischen Wandels ist Deutschland mehr und mehr auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Deshalb sollte die öffentliche Hand weitere 100.000 Studienplätze für internationale Studenten schaffen. Zusätzlich sollten präventive Maßnahmen ausgebaut werden, um die hohe Zahl der ausländischen Studienabbrecher zu reduzieren. Für den Kapazitätsausbau sind pro Jahr zusätzlich rund 0,8 Milliarden Euro notwendig.

Gutachten

Christina Anger, Sarah Berger, Anja Kathrin Orth,
Axel Plünnecke: Bildungsmonitor 2017
iwkoeln.de/bildungsmonitor_2017

Interview. *Kein anderes Bundesland konnte sich im IW-Bildungsmonitor 2017 so stark verbessern wie das Saarland. Der iwd hat den saarländischen Minister für Bildung und Kultur, **Ulrich Commerçon** (SPD), nach den Gründen gefragt.*

„Bildung muss beitragsfrei sein“



Foto: Ministerium für Bildung und Kultur, Saarland

Herr Commerçon, dank jahrelanger Verbesserungen liegt das Saarland bereits auf Platz sechs des IW-Bildungsmonitors. Was machen Sie besser als Ihre Kollegen in anderen Bundesländern?

Erstens führen wir keine Strukturdebatten, denn die lähmen nur. Zweitens sind wir weg von der lehrerzentrierten Sicht des Unterrichts und sehen mehr die Perspektive der Schülerinnen und Schüler. Wir setzen auf individuelle Förderung und haben eine externe Evaluation jeder einzelnen Schule. Heute diskutieren wir nicht mehr theoretisch am grünen Tisch, sondern ganz konkret die Probleme der Schulen. Drittens haben wir große Fortschritte bei den Ganztagschulen gemacht. So können wir den einzelnen Schüler mit seinen Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellen und sind weg von der defizitorientierten Betrachtung.

Probleme gibt es aber bei der Erfolgsquote der dualen Berufsausbildung – hier liegt das Saarland unter dem Bundesschnitt.

Auch die saarländische Erfolgsquote ist nur ein Durchschnittswert. Wenn man sich die einzelnen Kammern anschaut, sieht es schon anders aus: Im Bereich der IHK, in dem fast zwei Drittel aller Prüfungen stattfinden, haben wir eine Erfolgs-

quote von fast 92 Prozent und sind damit besser als der Bundesdurchschnitt. Im öffentlichen Dienst ist es mit fast 99 Prozent sogar noch besser. Wo wir erheblich unter dem Schnitt liegen, ist der Bereich der Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Die Gründe dafür kennen wir nicht genau, wir vermuten aber, dass es weniger an den Berufsschulen liegt, sondern mehr an der Qualifikation der Auszubildenden. Wir schauen uns das noch genau an.

Sie wollten zum G9 zurückkehren, sind aber vom Koalitionspartner CDU ausgebremst worden. Verfolgen Sie das Ziel weiter?

Ich glaube nicht, dass das die entscheidende bildungspolitische Frage ist. Es gibt Schüler, die schaffen das Abitur in acht Jahren, andere brauchen neun oder zehn.

Was wir allerdings zur Kenntnis nehmen mussten, ist die hohe Unzufriedenheit der Eltern. Diese wünschen sich in allen Untersuchungen eine Rückkehr zum G9. Gleiches sagen Wirtschaft und Hochschulen – die beklagen weniger die inhaltlichen Kompetenzen der Schüler nach G8, sondern die mangelnde Persönlichkeitsentwicklung. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb vereinbart, dass wir das Thema mit allen Beteiligten noch einmal diskutieren

und im Laufe der Legislaturperiode klären.

Kein Ressortchef möchte, dass sein Ministerium abgeschafft wird. Aber Hand aufs Herz: Wäre es nicht besser, wenn Bildung Bundessache würde und nicht jedes Land sein Süppchen kochen darf?

Auf der einen Seite halte ich das Kooperationsverbot, nach dem der Bund die Länder nicht unterstützen darf, für falsch. Das gilt vor allem für die Gebäudesanierung und die Ausstattung der Schulen. Was jedoch die schulischen Inhalte angeht, gibt es inzwischen einen großen Konsens der Bildungsministerkonferenz – dazu brauchen wir den Bund nicht.

Der Koalitionsvertrag erlaubt es den Hochschulen, „Verwaltungskostenbeiträge zu generieren“. Müssen Studenten im Saarland bald für ihr Studium bezahlen?

Nein, denn wir sind überzeugt, dass Bildung beitragsfrei sein muss, auch im frühkindlichen Bereich. Was die Beteiligung an den Verwaltungskosten angeht, so geht es dabei um 50 Euro pro Semester – darauf können sich die Studierenden im Saarland einrichten und verlassen.



Die Langfassung des Interviews finden Sie im Internet unter iwd.de/bildungsmonitor

Gestatten, Herr und Frau Weiterbildner

Weiterbildung. Vom Computerkurs an der Volkshochschule bis zum Managementseminar an einer privaten Akademie – Fachkräfte in der Weiterbildung sind für die deutsche Wirtschaft unverzichtbar. Doch wer entscheidet sich eigentlich für diesen Beruf?

Frage: „Was machen Sie denn beruflich?“ Antwort: „Ich bin Weiterbildner.“ Weiterbildner? Ja, so heißen im Fachjargon jene gut 1,3 Millionen Frauen und Männer, die in der innerbetrieblichen Weiterbildung oder an offenen Einrichtungen wie Sprachschulen oder privaten Hochschulen und Akademien tätig sind.

Bislang gab es jedoch keine verlässlichen Daten über diese Berufsgruppe. Eine Studie des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, des Bundesinstituts für Berufsbildung und der Universität Duisburg/ Essen füllt diese Lücke:

Das Profil der Weiterbildner.

Mehr als 80 Prozent aller Weiterbildner haben einen beruflichen Abschluss als Meister oder Techniker oder einen akademischen Abschluss. Und sie haben eine Menge Lebenserfahrung, denn ihr Durchschnittsalter liegt bei 50 Jahren. Mit 49,4 Prozent sind fast genau die Hälfte der Beschäftigten Frauen, und gut 60 Prozent aller Weiterbildner üben ihren Beruf im Nebenerwerb aus.

Motive der Berufswahl. Warum wird jemand Weiterbildner? „Ich wollte meine Kenntnisse und Erfahrungen weitergeben“, sagen rund drei Viertel derjenigen, die sich zum ersten Mal für einen Beruf in der Weiterbildung entschieden haben

(Grafik). Dahinter folgen die Motive „Die Tätigkeit passte zu meiner Lebensgestaltung“ und „Die Tätigkeit entsprach meinem Berufswunsch“.

Das Einkommen. Zwar geben weniger als 40 Prozent der Weiterbildner an, ihren Beruf auch aus finanziellen Gründen gewählt zu haben – das schlechteste Motiv wäre das jedoch nicht. Denn mit 3.300 Euro liegt das durchschnittliche Einkommen eines Vollzeitbeschäftigten an einer Weiterbildungseinrich-

tung immerhin fast 10 Prozent über dem durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten. Bei Selbstständigen sind es mit 2.057 Euro aber fast 1.000 Euro weniger.

Welche Weiterbildungen es gibt, wer Weiterbildung anbietet und wie Unternehmen sie selbst organisieren können, erfährt man auf kofa.de, der Webseite des Kompetenzzentrums Fachkräfte-sicherung.

Beruf Weiterbildner: Die Gründe

So viel Prozent derjenigen, die sich zum ersten Mal für einen Beruf in der Weiterbildung entschieden haben, taten dies aus folgenden Gründen (Mehrfachnennungen)

Ich wollte Kenntnisse und Erfahrungen weitergeben	74
Die Tätigkeit passte zu meiner Lebensgestaltung	66
Die Tätigkeit entsprach meinem Berufswunsch	55
Mir bot sich eine zufällige Gelegenheit	53
Ich wollte anderen helfen	50
Ich wollte meine berufliche Situation verbessern	49
Ich wollte meine finanzielle Situation verbessern	39
Ich wollte den Beruf wechseln	20
Ich wollte mich selbstständig machen	12
Habe keine Beschäftigung im Wunschberuf gefunden	11

Befragung von knapp 1.200 Weiterbildnern im Oktober und November 2014

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
© 2017 IW Medien / iwd

Alles eine Frage der Wahrnehmung

Gerechtigkeit. Diese Daten dürften all jene überraschen, die in Deutschland eine tief gespaltene, unzufriedene und von Abstiegsängsten bedrohte Gesellschaft sehen: Immer mehr Bundesbürger sind mit ihrem Lebensstandard zufrieden und viele ordnen sich in eine höhere gesellschaftliche Schicht ein als vor zehn Jahren.

„Das ist nicht fair“ – so lautete vor kurzem die Überschrift eines Beitrags des Spiegels zu seinem Titelthema „Die Lage der Nation“. Der Tenor des Artikels: Deutschland geht es zwar so gut wie nie, aber die Ungerechtigkeit nimmt zu. Zumindest die gefühlte.

Doch das stimmt so nicht. Zwar ist es korrekt, dass in den meisten Befragungen eine Mehrheit die wirtschaftlichen Verhältnisse kritisiert:

Im Jahr 2014 stimmten mehr als 68 Prozent „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ der Aussage zu, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht sind.

Doch das ist kein neues Ergebnis. Tatsächlich empfanden seit der Wiedervereinigung in den meisten Jahren mehr als zwei Drittel der Bundesbürger die sozialen Unterschiede als „eher ungerecht“. Im Jahr 2008 waren es sogar drei Viertel.

Seit der Finanzkrise geht es mit der empfundenen Gerechtigkeit aber bergauf. So lautet zumindest ein Ergebnis der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften – kurz ALLBUS (Kasten).

Diesen Befund untermauert der ARD-Deutschlandtrend, den infratest dimap erhebt: 50 Prozent der befragten Wahlberechtigten gaben im März 2017 an, dass es in Deutschland alles in allem „eher gerecht“ zugeht, und 44 Prozent stimmten für „eher ungerecht“. Zu Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise empfanden noch mehr als 60 Prozent die Zustände als eher ungerecht.

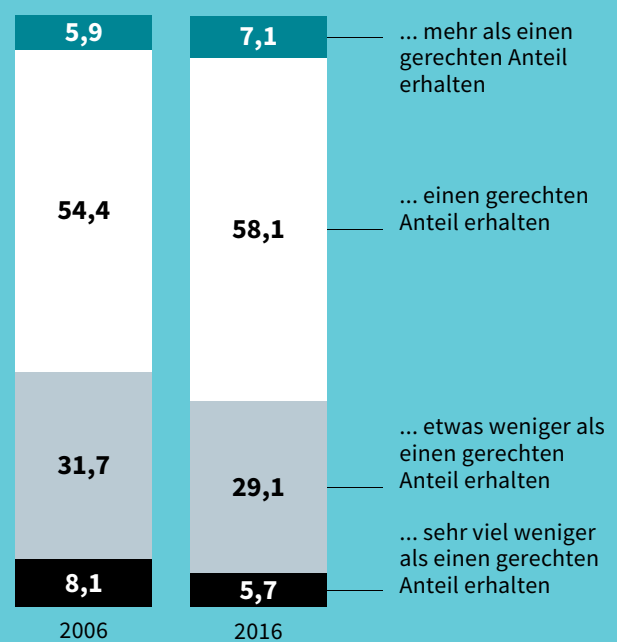
Auch die Sicht auf die Teilhabe „einfacher Leute“ an der gesellschaftlichen Entwicklung ist zwar sehr pessimistisch, aber besser als früher: Waren 2008 noch 90 Prozent der ALLBUS-Befragten der Meinung, die Situation des kleinen Mannes werde schlechter, ist dieser Anteil bis 2016 kontinuierlich auf 76 Prozent gesunken.

Der Blick auf die Zukunftsperspektiven der nachfolgenden Generation hat sich ebenfalls verbessert:

Im Jahr 2004 stimmten 46 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass man es angesichts trüber Zukunftsperspektiven kaum noch verantworten könne, Kinder auf die Welt zu bringen. Im Jahr 2016 teilten diese Einschätzung nur noch 26 Prozent.

Subjektiv gerechter

So viel Prozent der Befragten in Deutschland glauben mit Blick auf ihren Lebensstandard, dass sie ...



Repräsentative Befragung von 3.421 Personen im Jahr 2006 und 3.490 Personen im Jahr 2016

Quelle: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)
© 2017 IW Medien / iwd

Das war der niedrigste Wert seit Beginn der ALLBUS-Erhebungen.

„Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten?“ So lautet eine weitere Frage zur empfundenen Gerechtigkeit. Und auch hier fallen die Antworten mittlerweile positiver aus als früher (Grafik Seite 6):

Hatten 2006 nahezu 40 Prozent der Befragten angegeben, dass sie aus ihrer Sicht „sehr viel weniger“ oder „etwas weniger“ als den gerechten Anteil am Wohlstand erhalten, war es 2016 nur noch gut ein Drittel.

Das deckt sich mit den Antworten zur subjektiven Einordnung in die Gesellschaft: Kreuzten 2006 lediglich 56 Prozent der Befragten auf einer Skala von 1 (unterste Schicht) bis 10 (oberste Schicht) Werte über 5 an, waren es zehn Jahre später fast 79 Prozent (Grafik):

Auf der Unten-oben-Skala von 1 bis 10 ordnete sich 2016 exakt die Hälfte der Befragten mindestens bei einer 7 ein – eine derart positive Selbsteinstufung gab es seit Befragungsbeginn nicht.

Doch obwohl sich die meisten Deutschen subjektiv eindeutig in der oberen Hälfte der Gesellschaft sehen, bleibt ihre Einschätzung der Ungleichheit im Land pessimistisch: Laut einer Online-Befragung durch Wissenschaftler der Universität Hannover im Februar 2015 beschreiben rund 57 Prozent der Befragten die deutsche Gesellschaft als eine Pyramide – sie sehen also die Mehrzahl der Menschen im unteren Bereich.

Die Tatsache, dass der Blick auf die eigene Situation positiver ausfällt als der auf die Gesellschaft insgesamt, ist in der empirischen Sozialforschung zwar ein vertrauter Befund. Doch selbst der scheint nicht länger unverrückbar:

Im Jahr 2016 schätzten nur gut 6 Prozent die allgemeine wirtschaftliche Lage als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ ein, die persönliche Lage wurde immerhin von rund 8 Prozent so negativ beurteilt.

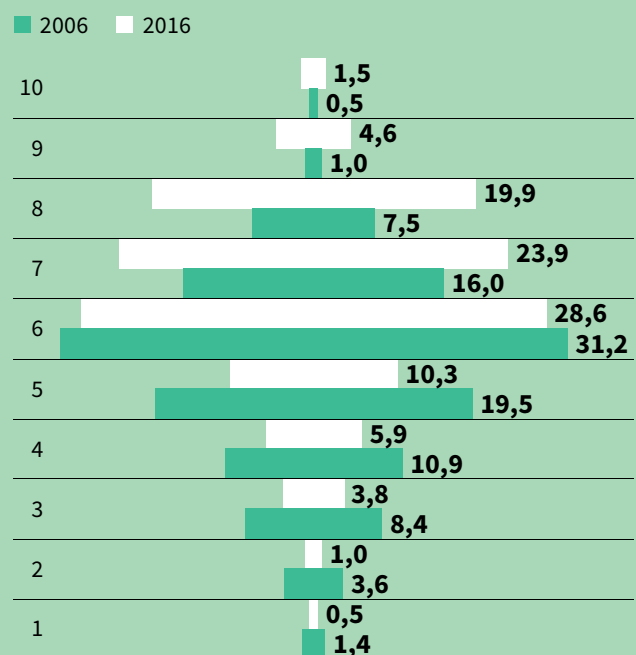
Zum Vergleich: 2004 attestierte noch über die Hälfte der Befragten Deutschland eine schlechte wirtschaftliche Lage, aber deutlich weniger – knapp ein Fünftel – taten dies mit Blick auf ihre persönliche Situation. Seit der Wiedervereinigung haben noch nie so wenige Menschen ihre wirtschaftliche Situation als schlecht beschrieben wie heute – das zeigen auch die Daten des Sozio-oekonomischen Panels.

All das deutet darauf hin, dass das subjektive Gerechtigkeitsempfinden sehr viel stärker von der wirtschaftlichen Entwicklung als von der Ungleichheit bestimmt wird. Denn die Kennzahlen zur Einkommens- und Vermögensungleichheit haben sich in den vergangenen

zehn Jahren nur wenig verändert, doch seit 2008 ziehen die Reallöhne deutlich an und auch die realen Renten sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Diesen materiellen Zugewinn scheinen die Leute zu spüren.


Die Deutschen steigen auf

So viel Prozent der Befragten haben sich dieser Schicht zugeordnet, wobei 1 für ganz unten und 10 für ganz oben steht



Repräsentative Befragung von 3.421 Personen im Jahr 2006 und 3.490 Personen im Jahr 2016

Quelle: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Was ist ALLBUS?

Im Rahmen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) durch Kantar TNS werden seit 1980 alle zwei Jahre Einstellungen, Verhaltensweisen sowie weitere soziale Merkmale der deutschen Bevölkerung erhoben – seit 1991 für Gesamtdeutschland.

Die repräsentative Stichprobe umfasst 2.800 bis 3.550 Personen. Einige Fragen werden allerdings nicht in jeder Erhebung gestellt. Ausgewertet werden jeweils nur die gültigen Antworten, und da Ostdeutschland in der Stichprobe überrepräsentiert ist, wird die Ost-West-Gewichtung entsprechend angepasst.

Aus dem Staub gemacht

Verkehr. Die Feinstaubbelastung durch den Straßenverkehr ist in Deutschland deutlich zurückgegangen. Die Grenzwerte werden nur noch an einem einzigen Standort überschritten.

„Am Neckartor“ ist eine vielbefahrene Straße in Stuttgart – und der Messcontainer für die Luftqualität steht in einer Häuserecke an einer Ampel mit Hanglage. Deshalb verwundert es kaum, dass am Neckartor seit Einrichtung der Messstation im Jahr 2005 die bundesweit höchsten Belastungen mit Stickstoffdioxid (NO₂) und Feinstaub gemessen werden (Grafik):

Von den zehn Standorten mit der höchsten Feinstaubbelastung in Deutschland ist „Am Neckartor“ in Stuttgart der einzige, der den Grenzwert im Jahr 2016 öfter überschritten hat als erlaubt.

Die Grenzwerte sind unterschiedlich ausgelegt: Bei den PM10-Emissionen darf das zulässige Tageslimit von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) nur an 35 Tagen überschritten werden. Das zulässige Jahresmittel von 40 µg/m³ wird ohnehin seit einiger Zeit nirgendwo mehr überschritten. Anders beim Stickstoffdioxid: An vielen Messpunkten, insbesondere an den Straßen in Innenstädten, wird der Grenzwert von 40 µg/m³ im Jahresmittel teilweise deutlich überschritten.

Die Crux: Der Ausstoß von Stickoxid und jener von Feinstaub hängen eng zusammen. Im Motor entsteht je nach Temperatur eher mehr Feinstaub oder mehr Stickoxid. Durch Partikelfilter erhöht sich ferner der NO₂-Anteil im Abgas. Zudem


Feinstaub: Das Problem ist nahezu gelöst

Die Feinstaubbelastung wird in PM10 und PM2,5 angegeben. Dabei steht PM für Partikelgröße (particle matter) und die 10 bzw. die 2,5 besagt, dass die Partikel einen aerodynamischen Durchmesser von höchstens 10 bzw. 2,5 Mikrometern haben. Der deutsche Tageshöchstwert für PM10 liegt bei 50 µg/m³ (Mikrogramm pro Kubikmeter) und darf höchstens an 35 Tagen überschritten werden, der für PM2,5 bei 25 µg/m³ im Jahresdurchschnitt.

Die jeweils zehn Messstationen mit der höchsten Feinstaubbelastung

PM10	Überschreitung des Grenzwerts 2016 in Tagen	PM2,5	Mittelwert 2016 in µg/m ³
Stuttgart, Am Neckartor	63	Halle, Paracelsusstraße	19
Esslingen, Grabbrunnenstraße	27	Stuttgart, Am Neckartor	18
Gelsenkirchen, Kurt-Schumacher-Straße	26	Berlin, Frankfurter Allee	18
Tübingen, Mühlstraße	24	Düsseldorf, Corneliusstraße	18
Reutlingen, Lederstraße	22	Eisenhüttenstadt	17
Leipzig, Lützner Straße	21	Berlin-Mitte, Brückenstraße	16
Markgröningen, Grabenstraße	20	Berlin-Neukölln, Nansenstraße	16
Stuttgart, Arnulf-Klett-Platz	20	Blankenfelde-Mahlow	16
Halle, Paracelsusstraße	19	Cottbus, Bahnhofstraße	16
Berlin, Karl-Marx-Straße	18	Cottbus, W.-Külz-Straße	16

Quelle: Umweltbundesamt
© 2017 IW Medien / iwd

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

entstehen Stickoxide, wenn die Filter durch Abbrennen der gesammelten Partikel regeneriert werden. In der Summe geht die Senkung des Partikelaustrittes daher mit erhöhten NO₂-Emissionen einher.

Trotzdem war es richtig, zuerst den Feinstaubausstoß zu reduzieren. Denn während die Belastung durch Stickoxid lokal auftritt, ist Feinstaub mobil. Wer etwa direkt an der Messstation am Stuttgarter Neckartor steht, ist tatsächlich einer hohen Belastung durch NO₂ ausgesetzt. Doch schon der Gang in eine Seitenstraße oder in ein Gebäude senkt die Belastung spürbar.

Ganz anders beim Feinstaub: Die Partikel breiten sich mit dem Wind leicht aus. Dieser Belastung kann man also nicht so gut ausweichen wie der durch Stickoxid. Zudem sind

Fein- und Feinstaub viel gesundheitsschädlicher als NO₂.

Dennoch lässt sich auch die Stickoxidbelastung durch eine Reihe von Maßnahmen bekämpfen. Die derzeit diskutierte Einrichtung von Umweltzonen ist aber keine besonders gute Idee – denn so würden die Belastungen nur verlagert: Viele Autofahrer würden die Umweltzone umfahren, also längere Wege in Kauf nehmen, und die Stickoxidbelastung woanders erhöhen.

Besser geeignet sind Maßnahmen, mit denen stark frequentierte Straßenzüge besser durchlüftet werden, Alternativen wie der öffentliche Nahverkehr, der Ausbau von Radwegen und Carsharing – und eine Verknüpfung dieser Optionen. Auch alternative Antriebe können die NO₂-Belastung reduzieren.

Chancen durch die „Generation Erfahrung“

Arbeitsmarkt. In Deutschland finden immer mehr Ältere einen Job, dennoch ist die Arbeitslosenquote der 55- bis 65-Jährigen höher als die aller anderen Altersgruppen. Den Unternehmen bietet sich daher reichlich Potenzial, den Fachkräftemangel aufzufangen.

Aufgrund des demografischen Wandels wird die Zahl der potenziellen Erwerbstätigen in Deutschland in den nächsten Jahren Schritt für Schritt sinken, da mehr Menschen in den Ruhestand gehen als auf den Arbeitsmarkt kommen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln geht davon aus, dass es 2035 je nach Stärke der Zuwanderung 41 bis 43 Millionen Erwerbspersonen geben wird. Zum Vergleich: Derzeit sind 49 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter. Daher tun die Unternehmen gut daran, sich intensiv um ältere Arbeitnehmer zu bemühen und dadurch den Fachkräftemangel abzuschwächen.

Die Situation älterer Erwerbspersonen hat sich in den vergangenen Jahren bereits spürbar verbessert (Grafik):

Die Arbeitslosenquote der 55- bis 65-Jährigen lag 2016 bei 6,8 Prozent, 2007 waren es noch 8,9 Prozent.

Besonders in Bayern ist die Arbeitslosigkeit dieser Altersgruppe niedrig: Im Landkreis Eichstätt waren 2016 nur 1,9 Prozent der älteren Erwerbspersonen ohne Job. Auch viele andere Kreise zwischen Nürnberg und München liegen auf einem ähnlichen Niveau. In Ostdeutschland sind die Quoten zwar deutlich höher. Aber auch dort hat sich einiges getan:

Von 2007 bis 2016 konnten viele ostdeutsche Kreise die Arbeitslosigkeit der 55- bis 65-Jährigen um rund 10 Prozentpunkte senken.

An der Spitze liegt der Landkreis Oberspreewald-Lausitz mit einem Rückgang von 12,9 Prozentpunkten.

Ein Blick auf die Beschäftigungsquote verdeutlicht, dass diese Altersgruppe trotzdem noch viel Potenzial hat. Denn erst 51,4 Prozent der über 55-Jährigen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach – über alle Altersgruppen hinweg ist die Beschäftigungsquote 6,4 Prozentpunkte höher.

Für Unternehmen kann sich eine stärkere Fokussierung auf die älteren Arbeitnehmer also durchaus lohnen,

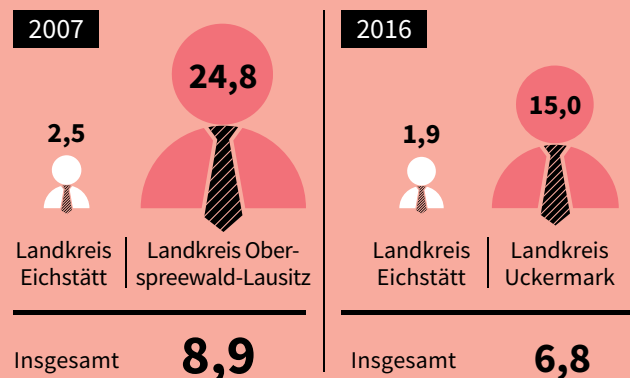
schließlich verfügen diese über viel Lebens- und Berufserfahrung. Beim Werben um die „Generation Erfahrung“ gibt es verschiedene Möglichkeiten: So können die Firmen spezielle Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten, die Arbeitszeiten flexibel gestalten oder verstärkt auf gesundheitliche Vorsorge setzen. Auch Mentoringprogramme, in denen die Älteren ihr Wissen an die jungen Generationen weitergeben, sind ein Ansatz, um ältere Fachkräfte zu gewinnen.

Besonders erfolgreich war die Akquise bisher, wenn die Unternehmen gemeinsam mit der regionalen Politik und Verwaltung agieren. Dadurch können sie auf die regionalen Gegebenheiten eingehen und gezielte Maßnahmen ergreifen, um ältere Menschen wieder in den Arbeitsmarkt einzubinden.

Immer mehr Ältere finden einen Job

Arbeitslosenquote in der Gruppe der 55- bis 65-Jährigen in Prozent

- Region mit geringster Arbeitslosigkeit
- Region mit höchster Arbeitslosigkeit



Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit
© 2017 IW Medien / iwd

iwd Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Lange im Betrieb

Betriebszugehörigkeit. Die meisten Unternehmen in Deutschland setzen auf eine langfristige Zusammenarbeit mit ihren Mitarbeitern. Das zeigen Daten zur durchschnittlichen Dauer der Betriebszugehörigkeit. Die Mär vom modernen Arbeitnehmer, der als Unternehmer in eigener Sache von einem Job zum nächsten eilt, stimmt nicht mit der Realität überein.

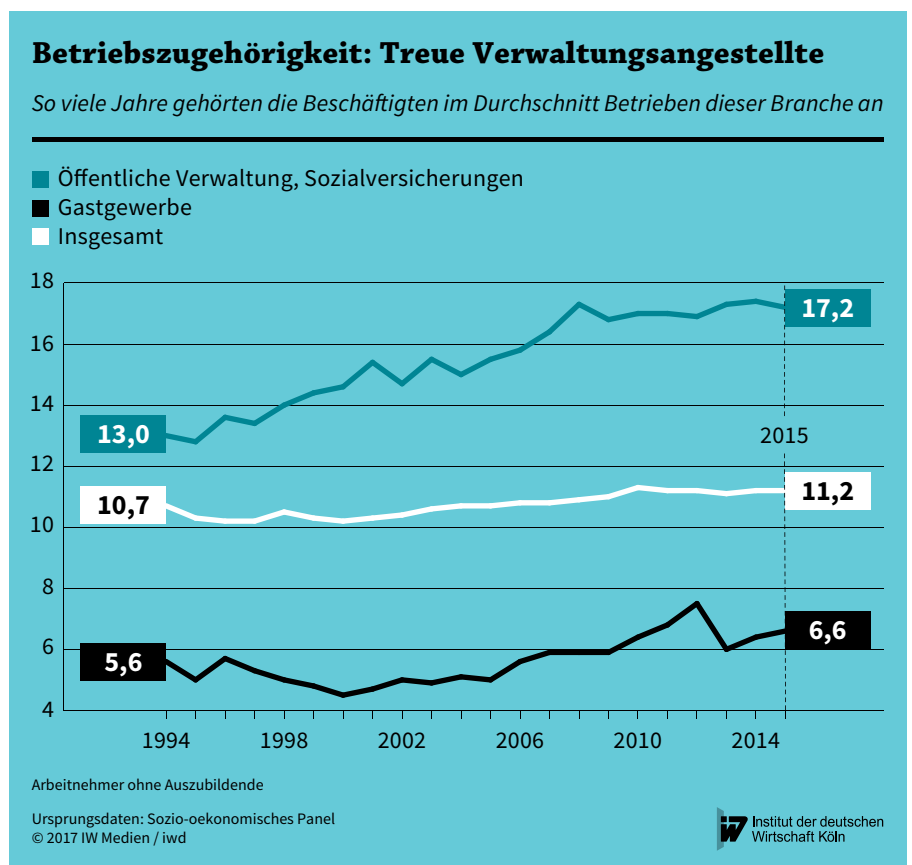
Immer weniger stabile Beschäftigungsverhältnisse, kaum noch Festanstellungen und Arbeitnehmer, die wie Nomaden von einem Unternehmen zum anderen ziehen – dieses Bild wird in der Öffentlichkeit häufig vom deutschen Arbeitsmarkt gezeichnet. Der Realität entsprechen diese Annahmen jedoch nicht. Auswertungen des Sozio-oekonomischen Panels, in dem rund 17.000 Erwerbstätige befragt wurden, zeigen:

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeitsdauer ist seit Jahrzehnten auf einem hohen, sogar leicht steigenden Niveau.

Dabei muss man berücksichtigen, dass diverse Branchen in den vergangenen Jahren vermehrt Personal eingestellt haben. Das ist insofern von Bedeutung, als dass neue Mitarbeiter zunächst mit einer Betriebszugehörigkeitsdauer von null anfangen und somit den Durchschnitt senken. Von einer Auflösung traditioneller Beschäftigungsstrukturen ist folglich nichts zu sehen. Einige Branchen verzeichnen seit Jahren sogar eine gegenläufige Entwicklung (Grafik):

In der öffentlichen Verwaltung ist die Dauer der Betriebszugehörigkeit seit Mitte der 1990er Jahre um mehr als vier Jahre gestiegen.

Mit einem Schnitt von über 17 Jahren sind Beschäftigte hier am längsten am selben Arbeitsplatz. Mitarbei-



ter im Kredit- und Versicherungsge-
werbe und in industriellen Branchen
abseits der M+E-Industrie haben mit
15 beziehungsweise 14 Jahren
ebenfalls eine lange Betriebszugehö-
rigkeit. Erheblich kürzer sind dage-
gen die Arbeitnehmer in vielen
Dienstleistungsbranchen beschäftigt,
etwa im Gastgewerbe mit weniger als
sieben Jahren, im Einzelhandel
(unter neun Jahre) oder auch im

Gesundheits- und Sozialwesen
(unter zehn Jahre).

Dass „hire and fire“ in der deut-
schen Wirtschaft – vor allem im
Industriesektor – kein Geschäfts-
modell ist, hatte schon die Arbeits-
marktentwicklung in der Krise 2009
gezeigt. Zwar brach die Produktion
damals um 5 Prozent ein, doch die
Beschäftigung blieb konstant. Der
Grund: Obwohl zeitweise keine

Arbeit für die Mitarbeiter da war und trotz der damit verbundenen Kosten in Milliardenhöhe, hielten die Betriebe an ihren Belegschaften fest, um nach der Krise nicht erst zeitraubend neues Personal suchen zu müssen. Ein zusätzlicher Gedanke war, dass für manche Positionen Fachkräfte schwer zu finden sind.

Betriebszugehörigkeit und Alter. Die Entwicklung der Betriebszugehörigkeitsdauer lässt sich nicht losgelöst von der Altersstruktur betrachten. Tendenziell altern die Belegschaften aufgrund der demografischen Gegebenheiten in Deutschland. Dadurch steigt auch die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit. Bei den Jüngeren dagegen sinkt sie, was im Wesentlichen daran liegt, dass die jungen Leute länger in Ausbildung und Studium sind. Bei den Älteren bleibt die Dauer der Betriebszugehörigkeit weitgehend konstant.

Betriebszugehörigkeit und Betriebsgröße. Auch zwischen diesen Merkmalen gibt es einen eindeutigen Zusammenhang (Grafik):

Größeren Unternehmen gehören die Mitarbeiter im Durchschnitt deutlich länger an als kleineren Firmen.

Das gilt ebenso, wenn das Lebensalter in die Berechnung

einbezogen wird. Ein Teil der Erklärung ist, dass neu gegründete Betriebe mit entsprechend kurzer Dauer der Betriebszugehörigkeit in der Regel nur wenige Mitarbeiter haben. Große Betriebe existieren dagegen in den meisten Fällen schon länger und hatten Gelegenheit, Arbeitnehmer über eine längere Dauer zu beschäftigen. Kleine Betriebe haben zudem mit geringerer Wahrscheinlichkeit ältere Arbeitnehmer in ihren Reihen.

Betriebszugehörigkeit und Beruf. Bürokräfte und kaufmännische Angestellte haben mit jeweils 12,7 Jahren die längste Betriebszugehörigkeit – auch unter Einbeziehung der Altersstruktur. Mit jeweils 11,9 Jahren arbeiten Techniker und Führungskräfte ebenfalls lange in ihren Betrieben. Auf eine geringere Verweildauer kommen dagegen Verkäufer und andere Dienstleistungsberufe mit insgesamt 8,3 Jahren. Auch Handwerker (10,6 Jahre), Maschinenbediener (10,8 Jahre) und Hilfskräfte (7,9 Jahre) sind unterdurchschnittlich lange im gleichen Betrieb beschäftigt.

Aus dem Befund für Hilfsarbeiter kann man jedoch nicht schließen, dass eine höhere Qualifikation automatisch eine längere Betriebszugehörigkeit nach sich zieht:

Zwar arbeiten Beschäftigte ohne Berufsausbildung mit 7,9 Jahren vergleichsweise kurz im Betrieb, jedoch bringen es Universitätsabsolventen auch nur auf 9 Jahre.

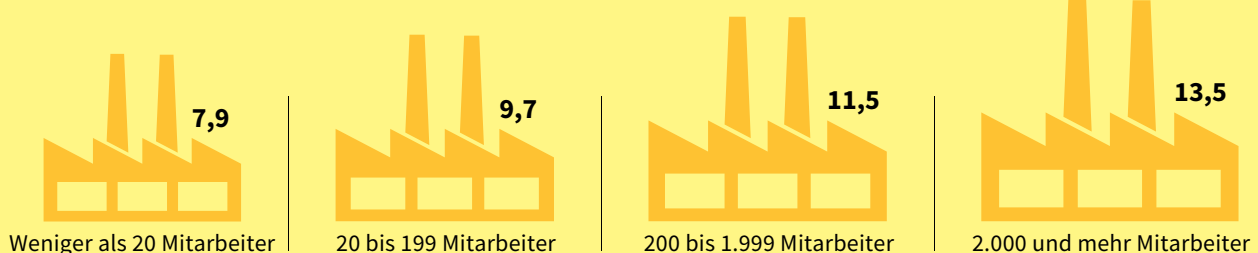
Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung arbeiten durchschnittlich 12,5 Jahre in ihrem jeweiligen Unternehmen. In der Metall- und Elektro-Industrie sind es sogar 14,2 Jahre. Ähnlich lang sind Fachhochschulabsolventen im Betrieb (12,6 Jahre).

Bei den Geringqualifizierten machen sich Konjunkturreffekte deutlich stärker bemerkbar. Außerdem trennen sich Betriebe im Bedarfsfall zunächst von den Mitarbeitern mit den geringsten beruflichen Kenntnissen.

Für die Gruppe der Universitätsabsolventen dürften dagegen zwei andere Faktoren eine Rolle spielen: Zum einen sind befristete Stellen mit geringer Bleibeperspektive im Wissenschaftsbetrieb weit verbreitet. Zum anderen steigen die Absolventen erst später ins Erwerbsleben ein und können daher bei gegebenem Lebensalter nicht auf die gleiche Betriebszugehörigkeit kommen wie ein Arbeitnehmer, der schon mit dem Start in die Lehre in den Betrieb eintritt.

Große Betriebe halten ihre Mitarbeiter länger

So viele Jahre gehören die Beschäftigten im Durchschnitt Betrieben dieser Größe an



Mitarbeiter: einschließlich Auszubildende

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
© 2017 IW Medien / iwd

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de
Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445
Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de

iw.köln.wissen
 SCHAFFT KOMPETENZ.

Top-Liste: Allein und glücklich

Es kann ziemlich wohltuend sein, so ein Leben ohne Zahnpastarest, die der Partner im Waschbecken hinterlässt. Vielleicht ist das ein Grund dafür, dass sich immer mehr Menschen dafür entscheiden, allein zu leben. In Deutschland gab es 2016 rund 41 Prozent Singlehaushalte, das ist mittlerweile der am häufigsten vertretene Haushaltstyp. Zum Vergleich: Im Schnitt der 28 EU-Länder gab es zuletzt 33 Prozent Einpersonenhaushalte. Am weitesten verbreitet ist diese Lebensform in Schweden. Dort wird bereits mehr als die Hälfte aller Wohnungen und Häuser nur noch von einer einzigen Person bewohnt. Da rund 49 Prozent der Schweden mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden sind – noch bessere Werte erzielen lediglich die Finnen, die Dänen und die Österreicher –, ist der Waschbeckeneffekt wohl durchaus vorhanden.

Zahl der Woche

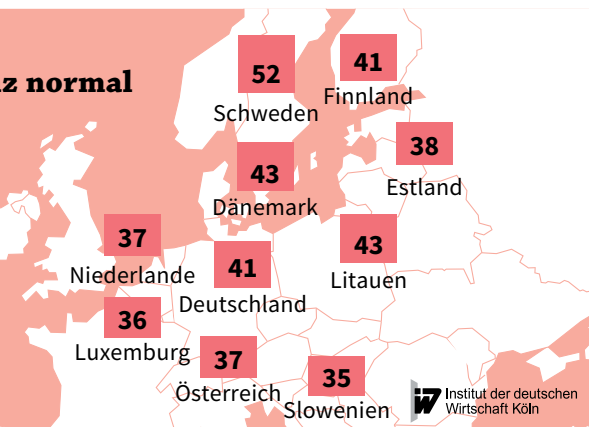


39.700

falsche Euro-Banknoten im Nennwert von 2,2 Millionen Euro hat die Deutsche Bundesbank im ersten Halbjahr 2017 registriert, fast 9 Prozent mehr als im Halbjahr zuvor. Am häufigsten gefälscht wurde die 50-Euro-Banknote, mehr als 60 Prozent des Falschgeldaufkommens entfielen auf diese Stückelung. Die Bundesbank geht allerdings davon aus, dass durch die Einführung der neuen 50-Euro-Banknote im April dieses Jahres die Anzahl der Fälschungen deutlich sinken wird, wie es bereits nach der Ausgabe der neuen 20-Euro-Scheine zu beobachten war. Auf diese Stückelung entfielen zuletzt nur noch 23 Prozent aller Banknotenfälschungen.

**Singlehaushalte:
In Nordeuropa ganz normal**

Europäische Länder mit den meisten Einpersonenhaushalten im Jahr 2016 in Prozent



Quelle: Eurostat
 © 2017 IW Medien / iwd

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Neu auf iwd.de: Familienverhältnisse ändern sich

Stiefeltern, Patchworkfamilien, Alleinerziehende – die Konstellationen, in denen Kinder aufwachsen, sind heutzutage vielfältig. Immer mehr Jungen und Mädchen verbringen nicht ihre gesamte Kindheit bei den leiblichen Eltern. Welche Faktoren die Familienkonstellationen maßgeblich beeinflussen, lesen Sie auf iwd.de.

Neu

